

Die erste Seite

Autor(en): **Wehrli, Bernhard**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **53 (1973-1974)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die erste Seite

IST DER SACHVERSTAND AM ENDE SEINES LATEINS ANGELANGT, oder erweist er sich als unbequemer Ratgeber, so richtet sich die Politik auf Tabus aus. Unser Zeitalter scheint den Weltrekord in der Demolierung von Mythen zu erstreben. Täglich lässt es aber neue Mythen, neue Tabus entstehen. Besonders auffällig ist dies in der Wirtschaftspolitik.

Der statistische Massstab der Teuerung, der «Index der Konsumentenpreise» (früher «Lebenskostenindex») – schon an sich eine etwas fragwürdige Errungenschaft – ist wichtiger geworden als die Teuerung, die Geldentwertung selber. So liebt es die offizielle Antiinflationpolitik vor allem dort mit demonstrativen Kraftproben aufzuwarten, wo sie einige Promillesätze nachweisbarer und unmittelbar drohender Indexerhöhungen zu vermeiden hofft. Der heiligen Kuh der Indexschonung wird ein behördlich dekretiertes «deficit spending» bei den SBB und der PTT zum Opfer dargebracht. Für den Fetisch stabiler Hypothekarzinsse wird auf eine Kreditpolitik verzichtet, welche die Restriktionen bis zur letzten Konsequenz gedeihen lassen würde. Dass der Sparzins fast nur noch die Hälfte der «Teuerungsrate» ausmacht, wird ohne Bedenken hingenommen; die daraus resultierende Wertzerstörung lässt den Index ja unberührt!

Als unantastbare Werte erweisen sich ebenfalls einzelne «Sozialrechte». Vor dem Recht auf Wohnung haben die Bestrebungen zur Stabilisierung des Baumarktes abzudanken. Das Recht auf Sicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter und Krankheit steht auf einer höheren Stufe der Verehrung als die Konjunkturpolitik. Kein Wunder, wird dieses «Sozialrecht» doch über eine finanzielle Belastung der Allgemeinheit verwirklicht, die sachlich wohl inflatorisch wirkt, aber im Index nicht sichtbar zum Ausdruck gelangt.

Werden sich die Politiker bewusst, dass ein Wirtschaftsproblem noch nicht oder nur unbefriedigend gelöst ist, so appellieren sie an die «ordnende Hand des Staates». Ein neuer Mythos scheint darin zu bestehen, der Staat vermöge schon an sich «ordnend» zu wirken. Dem heutigen Problem der weltweiten Inflation steht die Privatwirtschaft zwar hilflos gegenüber, aber nicht hilfloser als die Notenbanken und Regierungen. Ist dies ein Anlass, die Staatsallmacht zum Götzen zu erheben? Am falschen Objekt angewandt, wird sie mehr Unordnung als Ordnung, mehr Leistungszerfall als Leistungsförderung, mehr wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit als Gerechtigkeit, mehr Inflation als Deflation erzeugen.

Bernhard Wehrli
